

Digitale Plattformen: Faire Regeln schaffen

Uber, Helpling und Co: Vom Taxi, über die Putzfrau bis zum Produkttest – immer mehr Dienstleistungen werden von Online-Plattformen vermittelt. Bisher müssen sie kaum Regeln einhalten. Für den DGB ist klar: Die Politik muss Plattformbetreiber als Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen.

Vergeblich sucht man im Weißbuch „Digitale Plattformen“ des Bundeswirtschaftsministeriums das Kapitel „Arbeitswelt“ – es ist schlicht nicht vorhanden. Dabei begrüßt der DGB grundsätzlich, dass die Politik der Plattformökonomie einen Ordnungsrahmen setzen will. Mit Unverständnis reagierte DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell jedoch auf die fehlenden Lösungsansätze zu Arbeitsbeziehungen, Arbeitsrecht und Beschäftigtendatenschutz: „Das ist mir unbegreiflich“. Vielmehr müsste schnell gehandelt werden.

Die Plattformen versuchen neue Maßstäbe für Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen zu setzen, indem sie beispielsweise verneinen, Arbeitgeber zu sein – mit den entsprechenden Pflichten. Dies ist aus gewerkschaftlicher Sicht nicht akzeptabel. „Es darf sich kein

neuer, unregelter und prekärer Schattenarbeitsmarkt entwickeln“, so Körzell. Die Online-Anbieter müssen als Arbeitgeber oder Arbeitsvermittler in die Verantwortung genommen werden.

Für den DGB ist klar: Wenn nicht gehandelt wird, droht unfaier Wettbewerb. Die „Plattformbeschäftigten“ – in den meisten Fällen Solo-Selbständige ohne soziale Sicherung – konkurrieren mit den „normalen“ ArbeitnehmerInnen in Unternehmen, die die Regeln von Sozialversicherungspflicht bis Mitbestimmung einhalten.

Der Fahrdienstleister Uber ist ein Paradebeispiel, welche enormen Auswirkungen die Plattformökonomie auf Marktstrukturen und Arbeitsbedingungen hat – in diesem Fall das Taxigewerbe. Per App vermittelt die US-Plattform Fahrten. Der Kunde bezahlt den privaten Chauffeur und Uber kassiert eine Provision. Die Fahrer müssen sowohl ihr Auto in Schuss halten als auch für die eigene soziale Absicherung sorgen. Zudem diktiert Uber den Fahrpreis.

Doch der US-Konzern bekommt mächtig Gegenwind. FahrerInnen machen weltweit Front gegen die Arbeitsbedingungen. Die US-Arbeitsrechtsanwältin Shannon Liss-Riordan zieht nun vor Gericht. Mit einer Sammelklage will sie Uber zwingen, grundlegende soziale Verpflichtungen den Fahrern gegenüber einzuhalten. Der Konzern soll diese anstellen, Lohnsteuer, Sozialleistungen und Spesen zahlen. „Uber übt maximale Kontrolle aus, zu minimalen Kosten“, sagte Liss-Riordan *welt.de*. Sollte sie ihre Klage gewinnen, wäre Übers lukratives Modell dahin. Die Aussichten stehen nicht schlecht: Vor zwei Jahren zwang die Anwältin Starbucks in die Knie. Die Kaffeekeite zahlte in einem Vergleich 23,5 Millionen Dollar, weil Manager unrechtmäßig einen Teil der Trinkgelder eingestrichen hatten. www.dgb.de/-/Bao

Hoffnung für Tunesien

DGB und BDA unterstützen die Sozialpartner in Tunesien, um Gesellschaft und Wirtschaft weiter zu stabilisieren.

SEITE 3

Einsatz für Tarifbindung

Die Gewerkschaften haben den Kampf für mehr Tarifbindung aufgenommen – vielerorts mit Erfolg. Fest steht: Eine Rückkehr in flächendeckende Tarifbindung braucht rechtliche Rücken- deckung.

SEITE 5

Digitales Klassenzimmer

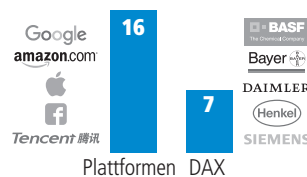
Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe spricht im Interview über digitale Klassenzimmer, Integration durch Bildung und den anstehenden GEW-Gewerkschaftstag.

SEITE 7

BILANZ

Plattformen schlagen DAX

Gewinnsteigerung digitaler Plattformen und ausgewählter DAX-Unternehmen (2012 – 2016, in Prozent)



Quelle: BMWi Weißbuch Digitale Plattformen 2017



EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite: www.dgb.de/einblick

 **E-MAIL-NEWSLETTER**
Anmeldung unter:
www.dgb.de/einblicknewsletter



Amazon, Helpling, Uber – immer mehr Waren und Dienstleistungen werden über digitale Plattformen gekauft

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY: CHANCE VERTAN

Der Bundestag hat Anfang März das Umsetzungsgesetz zur Corporate Social Responsibility-Richtlinie (CSR-Richtlinie) mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedet. Das war das Ziel: Endlich zu erfahren, wie es bei den großen Unternehmen steht, wenn es um Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltbelange geht sowie die Achtung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung. Große Unternehmen mit mehr als 500 MitarbeiterInnen sollen in entsprechenden Berichten dazu Stellung nehmen.

Doch das Gesetz greift zu kurz. Nach Informationen der Hans-Böckler-Stiftung müssen 536 Unternehmen das Gesetz anwenden, darunter 258 Kreditinstitute – vor allem Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Nicht erfasst sind hingegen weite Teile des deutschen Mittelstands und auch viele Großunternehmen, die sich in der Rechtsform einer Personengesellschaft, einer Stiftung oder einer GmbH organisieren. „Damit hat die Bundesregierung erneut die Chance verpasst, alle wirklich marktrelevanten Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Personengesellschaften und Stiftungen müssen bereits heute weder die Mitbestimmung im Aufsichtsrat noch die Geschlechterquote beachten. Jetzt werden sie auch von der nicht-finanziellen Berichterstattung ausgenommen“, kritisierte Rainald Thannisch, Referatsleiter Mitbestimmung, Corporate Governance und CSR beim DGB-Bundesvorstand.



TELEGRAMM

Der DGB und der türkische Gewerkschaftsbund DiSK haben ihre Solidarität und die weitere Zusammenarbeit betont. „Diese Solidarität unserer Gewerkschaften ist in einer Zeit, in der rechtsnationale Bewegungen stärker werden, besonders wichtig. Sie muss bekräftigt werden“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. www.dgb.de/-/BXy

Die DGB-Resolution für öffentliche Autobahnen haben bereits rund 12 500 UnterstützerInnen unterzeichnet. Die Resolution: www.dgb.de/-/QsG

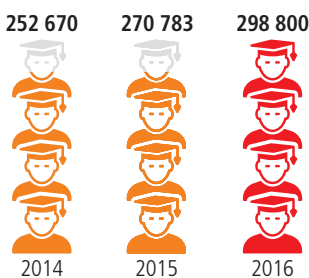
HÄNGEPARTIE VOR AUSBILDUNG

Immer mehr Jugendliche hängen im sogenannten Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung fest – das zeigt eine neue Auswertung des DGB. Tendenz steigend. Vor allem Jugendliche mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss schaffen nicht den direkten Sprung in die Arbeitswelt. Sie drohen in Übergangsmaßnahmen stecken zu bleiben „oftmals ohne Aussicht auf eine abgeschlossene Ausbildung“, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Die steigenden Zahlen gehen auch auf geflüchtete Jugendliche in Sprach- und Integrationsklassen zurück. Fazit: „Wir brauchen in den kommenden Jahren deutlich mehr Ausbildungsplätze“, so Hannack.

www.dgb.de/-/QU5

Generation abgehängt?

Jugendliche, die Bildungsmaßnahmen im Übergang von Schule zu Ausbildung begonnen haben



Quelle: DGB, Statistisches Bundesamt 2017



Equal Pay Day

Mit einer Foto-Aktion am Equal Pay Day haben DGB, Deutscher Frauenrat und der Sozialverband Deutschland (SoVD) auf die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam gemacht. Eine Gitarre, ein Sofa und ein Auto symbolisierten den Einkommensverlust von Frauen nach einem Monat, einem Jahr und 10 Jahren.



ALG Q: UMFASSENDES KONZEPT

Die Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt ist aus Sicht des DGB eine besondere Herausforderung: Mehr als 570 000 Menschen ab 55 Jahren sind arbeitslos. Der DGB hat nun Vorschläge vorgelegt, wie die Abwärts Spirale in die Arbeitslosigkeit verhindert werden kann. Arbeitssuchende Menschen dürften sich nicht im Niedriglohnsektor und unsicherer Beschäftigung wieder finden, nur um erneut in die Arbeitslosigkeit zu rutschen. Die Idee des „Arbeitslosengeldes Q“, das SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz vorgeschlagen hat, hält der DGB für einen „wichtigen Schritt“. Es bedürfe aber eines „umfassenderen Konzepts“, heißt es in einem Beschluss des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. Zentral seien Prävention, Förderung und Unterstützung. Dazu sollen Arbeitslose besser qualifiziert werden und die Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitssuchende ausgeweitet werden, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt trotz Weiterbildung nicht erfolgreich ist. www.dgb.de/-/BpA



FAKTCHECK ARBEITSMARKT

Für die Arbeitgeber ist die Lage am Arbeitsmarkt total in Ordnung. So steht es in der Broschüre „Fakten statt Zerrbilder. Die Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt“, die die Lobbyorganisation Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) im politischen Berlin verteilt hat. „Falsch!“, schreibt der DGB. Nichts sei in Ordnung. „Er hat die Thesen der Arbeitgeber einem gründlichen und umfangreichen Faktencheck unterzogen. Fazit: Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit Jahren nahezu unverändert, atypische Beschäftigung ist keine Brücke in den Arbeitsmarkt, Befristungen, Teilzeit und Leiharbeit sind keine Jobmotoren, sondern enden zu oft auf dem Abstellgleis. Trotz guter Konjunktur verdienen viele Menschen so wenig, dass sie kaum über die Runden kommen. Und auch die im europäischen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit bezahlen viele junge Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen: Überstunden, geringe Einkommen, Stress und befristete Verträge. www.dgb.de/-/BLg

Auf dem Weg zur Hoffnung

Nach der tunesischen Revolution 2011 schien der Weg zur Demokratie geebnet. Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure spielten eine zentrale Rolle auf diesem Weg. Jetzt greifen DGB und BDA den tunesischen Sozialpartnern unter die Arme, um die Lage weiter zu stabilisieren.



Seit der tunesischen Revolution 2011 gibt es immer wieder große Demonstrationen – wie hier im Vorfeld der Wahlen 2011.

Erfolg und Scheitern liegen oft nah beieinander. Das hat auch Tunesien in den letzten Jahren immer wieder erfahren. 2011 blühten nach der tunesischen Revolution die Hoffnungen auf eine baldige Demokratie, doch politische Krisen, politische Morde und der islamistische Terrorismus stürzten das kleine Land immer wieder ins Chaos.

Die deutschen Sozialpartner – DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) – greifen den tunesischen Kollegen in dieser Situation unter die Arme. Auf Initiative des DGB ist ein 13-monatiges Kooperationsprojekt zwischen DGB und BDA sowie dem tunesischen Gewerkschaftsbund UGTT und dem Arbeitgeberverband UTICA ins Leben gerufen worden. „Tunesien ist das Schlüsselland für den gesamten Nahen Osten, es zeigt, dass Demokratie auch im arabischen Raum funktioniert“, erklärt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die UGTT vertritt rund 520 000 ArbeitnehmerInnen und ist damit die größte zivilgesellschaftliche Massenorganisation des Landes. Die UTICA repräsentiert 150 000 Unternehmen.

Im Rahmen des Projekts wird eine Studie zu den Arbeitsbeziehungen in ausgewählten tunesischen Unternehmen erstellt. Auf einer Informationsreise lernen die tunesischen KollegInnen die Arbeitsbeziehungen in Deutschland kennen. In vier Workshops wollen beide Seiten Themen diskutieren, die gemeinsam festgelegt werden. Denkbar sind die Schwerpunkte berufliche Bildung, branchenspezifische Tarifverträge im Privatsektor sowie Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Erwünschter Nebeneffekt: Die tunesischen Sozialpartner können gegenseitiges Vertrauen aufbauen und ihre Beziehungen weiter stabilisieren.

Die tunesischen Sozialpartner stehen vor großen Herausforderungen: Die UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) wird von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dominiert. Auch im Arbeitgeberverband

sind die Branchenstrukturen nur unzureichend entwickelt. Die Tarifverhandlungen im Privatsektor werden daher entweder von den zentralen Verbänden geführt oder über einige Unternehmen. Branchenspezifische Besonderheiten sind in den Tarifverträgen schwer zu berücksichtigen. Die Folge: Es gibt viele kleine unkoordinierte Streiks und Sit-ins, die die Verhandlungen erschweren und die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Ein weiteres Problem ist, dass viele junge Menschen Hochschulabschlüsse haben, aber gut ausgebildete FacharbeiterInnen fehlen.



Die tunesische Delegation zu Besuch beim DGB im Februar 2017. Mit dabei waren (v.l.n.r.) Mohammed Ali Boughiri (UGTT), der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der tunesische Sozialminister Mohammed Trabelsi und Khelil Ghariani (UTICA).

Das deutsche duale Ausbildungssystem könnte hier als Vorbild dienen.

Klar ist: Die tunesische Wirtschaft muss auf die Beine kommen. Die Arbeitslosigkeit ist mit offiziell 15 Prozent höher als vor der Revolution. Besonders junge AkademikerInnen, Frauen und die Menschen in Süd- und Zentraltunesien sind überdurchschnittlich oft arbeitslos. Davon, wie gut UGTT und UTICA in Zukunft zusammenarbeiten – wie sie die industriellen Beziehungen und den Sozialdialog gestalten – hängt ab, wie sich Tunesien wirtschaftlich weiter entwickelt. Und wie es für die junge Demokratie weitergeht.

WIEGE DES ARABISCHEN FRÜHLINGS

17. Dezember 2010: Der 26-jährige Gemüsehändler Mohammed Bouazizi zündet sich aus Protest gegen behördliche Demütigungen in Sidi Bouzid, südlich von Tunis, selbst an. Er erliegt später seinen Verletzungen. Anschließend kommt es landesweit zu Protesten gegen das Regime von Langzeitherrscher Zine el-Abidine Ben Ali, die er gewaltsam bekämpft.

14. Januar 2011: Ben Ali flüchtet aus dem Land. Es wird eine Übergangsregierung gebildet.

Der Funke des „Arabischen Frühling“ springt auf Ägypten, Libyen, Syrien und zahlreiche andere Länder über.

Oktober 2011: Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, bei denen die islamistische Ennahda-Partei stärkste Kraft wird. Die Versammlung tritt im November 2011 erstmals zusammen.

Januar 2013: UGTT, UTICA und die tunesische Regierung unterzeichnen einen gemeinsamen Gesellschaftsvertrag, der Entwicklungsziele definiert, Gute Arbeit und soziale Schutzrechte festlegt sowie den sozialen Dialog institutionalisiert.

Februar/Juli 2013: Zwei politische Morde an linken Oppositionspolitikern stellen das Land vor die Zerreißprobe. Es kommt zu Massendemonstrationen gegen die islamistische Regierungspartei Ennahda.

September 2013: UGTT, UTICA, der Rechtsanwaltsverein und die Menschenrechtsliga gründen das nationale Dialogquartett, um den Demokratisierungsprozess zu sichern. Die Vermittlungsbemühungen, bei denen die Regierungs- und Oppositionsparteien sowie der Staats-, Minister- und Parlamentspräsident an einem Tisch saßen, waren erfolgreich.

7. Februar 2014: Die neue Verfassung – eine der modernsten der arabischen Welt – wird verabschiedet.

Oktober/November 2014: Erste freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

März/Juni 2015: Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele mit vielen Toten erschüttern das Land.

Dezember 2015: Das tunesische Quartett für den nationalen Dialog erhält den Friedensnobelpreis.

August 2016: Nach einer Regierungskrise wird eine Konsensregierung mit 9 Parteien gegründet.

ARBEITEN ÜBERALL, ZU JEDER ZEIT

Die einen schätzen, dass durch die Digitalisierung Pendlerzeiten wegfallen, die anderen fluchen, weil das digitale Arbeiten auf Reisen stresst. Das zeigt ein gemeinsamer Bericht der europäischen Agentur Eurofound und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Große Unterschiede haben die Autorinnen dabei zwischen Beschäftigten festgestellt, die am heimischen Schreibtisch tätig waren, und ArbeitnehmerInnen, die unterwegs mit digitalen Geräten arbeiteten. Während erstere von einer besseren Work-Life-Balance etwa durch wegfallende Pendlerzeiten berichteten, waren letztere besonderem Stress ausgesetzt. Die Studie beleuchtet die Telearbeit in 15 Ländern.

www.bit.ly/ILO_telework



TELEGRAMM

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ und die IG BAU haben erreicht, dass fünf rumänische Bauarbeiter einen Teil ihres ausstehenden Lohnes ausbezahlt bekommen. Am 20. Februar hatten die Männer sich an „Faire Mobilität“ gewandt, weil sie seit September nur noch „ein Taschengeld“ anstatt ihres vereinbarten Lohnes erhalten hatten. Insgesamt ging es um einen Anspruch von fast 60 000 Euro. Der zuständige Generalunternehmer zahlte nun 21 000 Euro. Die IG BAU will den Rest des Geldes vom Subunternehmer einklagen, der die Männer beschäftigt hat.

Die IG Metall baut ihre Kooperation mit der ungarischen Metallgewerkschaft VASAS weiter aus. Ende Februar wurde ein Büro des gewerkschaftlichen Bildungs- und Beratungsinstituts TPI in Kecskemét eröffnet. Die Daimler AG will dort bis 2019 ihre Fertigung ausbauen. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen an ausländischen Standorten zu verbessern, um Unterbietungswettbewerbe und Sozialdumping zu verhindern.



ELA CONTE

Du wirst zum 1. April neue DGB-Bundesjugendsekretärin, was sind deine Ziele?

Ich freue mich sehr über die Wahl zur Bundesjugendsekretärin. Für mich geht es darum, die Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation politisch zu gestalten, gerade im Superwahljahr 2017. Dafür brauchen wir eine attraktive, aktive und durchsetzungsstarke DGB-Jugend. Es gilt zum Beispiel, die katastrophale Ausstattung von Schulen zum Thema zu machen. Übrigens ein Problem, das mich zu Beginn meiner Ausbildung unter anderem dazu bewogen hat, ehrenamtlich aktiv zu werden. Ich fand es unmöglich, dass wir im Winter mit dicken Jacken in der Berufsschule sitzen mussten, weil die Heizung kaputt war.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ist hoch. Was ist zu tun?

Vor allem braucht es wesentlich mehr Investitionen in (hoch-)schulische Bildung und Ausbildung. Das duale Ausbildungssystem kann nicht flächendeckend über-

nommen werden. Wir brauchen je nach Land und Region passende Lösungen. Die Sozialpartner und vor allem die junge Generation muss hier einbezogen werden. Es braucht ein europäisches Investitionspaket für strukturschwache Regionen und Länder in Europa. Der DGB-Marshallplan wäre ein erster wichtiger Schritt.

Wie soll die Jugend fit gemacht werden für ein digitales Berufsleben?

Eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung ist das Fundament für ein erfolgreiches Berufsleben im digitalen Zeitalter. Wollen Unternehmen zukunftsfähig bleiben, müssen sie die Interessen und Erwartungen der jungen Beschäftigten ernst nehmen und stärker berücksichtigen. Mitbestimmungsrechte müssen durchgesetzt und ausgebaut werden, zum Beispiel, wenn es darum geht, neue Berufsbilder zu gestalten.

Ela Conte war zuvor unter anderem IG Metall-Jugendsekretärin in NRW. Mehr über sie auf Seite 8.

KREATIVES ZEICHEN GEGEN RECHTS

Der 1. Preis des diesjährigen Gelbe Hand-Wettbewerbs geht an die Ausbildungsklasse Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement des Paul-Spiegel-Berufskollegs aus Dorsten. Die BerufsschülerInnen haben mit ihrem Projekt geflüchtete Jugendliche bei der Vermittlung in Praktikumsplätze unterstützt. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer hob als Schirmherrin und Laudatorin das außerordentliche Engagement der TeilnehmerInnen hervor.

Der 2. Preis ging an die Auszubildenden der DB Services GmbH Regionalbereich Nordost aus Berlin. Mit Aktionstagen hatten sie dafür gesorgt, dass geflüchtete Jugendliche am Praktikumsprogramm „Chance Plus plus“ der Deutschen Bahn teilnehmen können.

Der 3. Preis ging an die SchülerInnen des Friedrich-List-Berufskollegs Bonn für ihren Videobeitrag „Ich bin ein Mensch! Keine Chance den Vorurteilen!“.

Der Gelbe Hand-Wettbewerb ist in diesem Jahr zum elften Mal vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ vergeben worden. Giovanni Pollice, Vorsitzender des „Kumpelvereins“, war Mitte Februar mit dem Bundesverdienstkreuz für sein Engagement gegen Rassismus und für eine demokratische Gesellschaft ausgezeichnet worden.

www.gelbehand.de



Berufsbildung

GEFLÜCHTETE WILLKOMMEN

Die DGB-Jugend hat die Seite „Welcome Solidarity“ gestartet. Hier können sich geflüchtete Jugendliche zur deutschen Berufsausbildung auf Englisch, Französisch, Arabisch und Farsi informieren. Die Inhalte basieren auf den Broschüren „Berufsausbildung in Deutschland“ und „Deine Rechte in der Ausbildung“ der DGB-Jugend. www.welcome-solidarity.de



Tarifbindung: Von Häuserkämpfen und Erfolgen

Die Gewerkschaften haben den Kampf für mehr Tarifbindung aufgenommen – vielerorts mit Erfolg. Fest steht: Ohne rechtliche Rückendeckung wird eine Rückkehr in die flächendeckende Tarifbindung schwierig. Ein DGB-Papier zeigt, was zu tun ist.

Als „ein kleines Wunder“ bezeichnet Sabine Maurer, IG Metall-Mitglied und Betriebsrätin beim Autozulieferer Magna Mirrors in Assamstadt (Baden-Württemberg), die Rückkehr ihres Arbeitgebers in die Tarifbindung. Seit letztem Sommer ist der Betrieb wieder Mitglied im Arbeitgeberverband Südwestmetall. Zuvor waren hunderte ArbeitnehmerInnen für die Tarifbindung auf die Straße gegangen. Die mehr als 700 Beschäftigten haben nun ein deutliches Plus im Geldbeutel.

Das Beispiel Magna macht Hoffnung, denn seit Jahren ist die Tarifbindung rückläufig. Das zeigt die jährliche Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Nur noch 57 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tarifgebundenen Unternehmen. In Westdeutschland profitieren 59, in Ostdeutschland nur 49 Prozent von Tarifverträgen. Ende der 1990er lag die Tarifbindung im Westen noch bei 76, im Osten bei 63 Prozent.

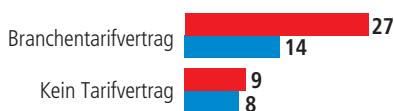
Die IG Metall hat im vergangenen Jahr vorge-macht, dass sich der Einsatz wie bei Magna Mirrors lohnt. In der Tarifrunde 2016 für die Metall- und Elektroindustrie hatte sich die Gewerkschaft als Ziel gesetzt, Betriebe, die bisher ohne Tarifvertrag waren, in die Tarifbindung zu holen. Die Bilanz: Insgesamt 145 Betriebe haben nun erstmals oder wieder einen Tarifvertrag. Rund 36 000 Beschäftigte profitieren von diesem tarifpolitischen Erfolg. „Tarifbindung ist ein Gradmesser dafür, ob gesellschaftliche und kollektive Regeln Sicherheit für die Beschäftigten vor der Willkür der Marktgesetze bieten“, betont der Erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann.

„Wir müssen uns von Haus zu Haus durchkämpfen, um in den Branchen wieder flächendeckend Tarifverträge durchzusetzen, die für alle gelten – etwa bei Amazon, im Handel oder in den Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen“, stellt Norbert Reuter, Leiter der Tarifpolitischen Grundsatzabteilung beim ver.di-Bundesvorstand, fest. Eine Voraussetzung sei, dass die Beschäftigten mitziehen und sich vor Ort engagieren. „Je mehr dabei sind, umso mehr Druck können wir in den Betrieben machen“, so Reuter.

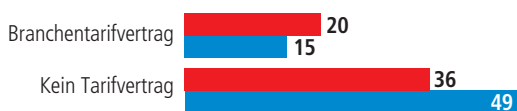
Wie hart der Kampf für Tarifverträge ist, zeigt der Konflikt im Bodenverkehrsdienst an den Flughäfen. Die Branche gilt als prekär mit geringer Bezahlung und harter körperlicher Arbeit im Schichtdienst. Sie ist ein Beispiel, wie in den vergangenen Jahren die Tarifbindung erodiert ist. Eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2008 gab vor, dass neben öffentlichen auch private Anbieter für die Bodenabfertigung angeheuert werden müssen. Seitdem führen die Airlines – über ihre Dienstleister – einen harten Wettbewerb um die niedrigsten Lohnkosten. Damit soll Schluss sein. Parallel zu den Verhandlungen um Hausta-

Betriebsräte schützen Tarifbindung

Anteil an Beschäftigten in Unternehmen mit Betriebsrat (in Prozent)



Anteil an Beschäftigten in Unternehmen ohne Betriebsrat (in Prozent)



Quelle: WSI-Mitteilungen 4/2016

Für Beschäftigte in Unternehmen ohne Betriebsrat gilt häufig kein Tarifvertrag.

rifverträge fordert ver.di die Arbeitgeber auf, einen bundesweiten Branchentarifvertrag abzuschließen.

Für DGB und Gewerkschaften steht fest, dass eine Rückkehr zur flächendeckenden Tarifbindung rechtlich flankiert werden muss. In einem 14-Punkte-Papier legt der DGB dar, wie die Tarifbindung gestärkt werden soll. Ein Ziel: Arbeitgebern darf es künftig nicht mehr so leicht gemacht werden, aus der Tarifbindung auszusteigen. Unter anderem will der DGB die so genannten OT-Mitgliedschaften („Mitgliedschaften ohne Tarifbindung“) einschränken. Hintergrund: Arbeitgeberverbände bieten den Unternehmen die Möglichkeit, als OT-Mitglied von den Leistungen und Netzwerken zu profitieren ohne Tarifverträge anwenden zu müssen.

Der DGB fordert, dass Tarifverträge auch dann gelten, wenn Unternehmen durch einen Betriebsübergang oder durch Aufspaltung zerschlagen werden. In diesen Fällen müsse die Tarifbindung weiterhin gelten. Die Gewerkschaften wollen zudem ein Verbandsklagerecht, um gegen Arbeitgeber vorzugehen, die trotz Verbandsmitgliedschaft Tarifverträge nur teilweise anwenden.

Außerdem: Dort wo es Betriebsräte gibt, ist die Tarifbindung deutlich höher, denn sie überwachen die Anwendung von Tarifverträgen. Darum will der DGB die Betriebsratswahlen erleichtern und die KandidatInnen besser vor Repressionen durch den Arbeitgeber schützen. Dabei profitieren auch die Arbeitgeber von fairen Tarifverträgen: „Längst sind Tarifverträge Werbemittel im Kampf um heiß begehrte Fachkräfte“, betont der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

DER DGB FORDERT

- Mindestschutz durch Tarifverträge garantieren
- OT-Mitgliedschaften einschränken
- Tarifverträge gelten auch bei Betriebsübergang
- Trotz Verbandsflucht gilt Tarifvertrag weiter
- Verbandsklagerecht
- Allgemeinverbindlicherklärung weiter stärken
- Tariftreueregeln ausbauen
- Bessere Zutrittsrechte für Gewerkschaften im Betrieb
- Differenzierungsklauseln in Tarifverträgen für Gewerkschaftsmitglieder gesetzlich klarstellen
- Betriebs- und Personalräte stärken
- Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche Personen erleichtern
- Sanktionen und Schadensersatzanspruch
- Bessere Kontrollen
- Tarifverträge gehen vor arbeitsvertragliche Richtlinien

Das DGB-Positionspapier:
www.dgb.de/-/QxO

FAIRE LÖHNE IM HANDEL

Unter dem Motto „Einer für alle“ hat ver.di Anfang März eine bundesweite Kampagne zur Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen im Handel gestartet. „Wir wollen damit erreichen, dass die Tarifverträge in der Handelsbranche nicht nur für tarifgebundene Unternehmen, sondern branchenweit für alle Beschäftigten gelten. Tarifflucht darf sich nicht länger auszahlen“, so ver.di-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Hintergrund der Kampagne: Nur noch etwa 30 Prozent der Betriebe sind tarifgebunden.

JOURNALISTINNEN IM FADENKREUZ

42 Prozent der JournalistInnen in Deutschland sind im vergangenen Jahr verbal oder körperlich attackiert worden. Das zeigt eine Online-Umfrage des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld und des Mediendienstes Integration. Die traurige Botschaft: Für die Mehrheit der MedienmacherInnen gehören Anfeindungen mittlerweile zum Berufsalltag.

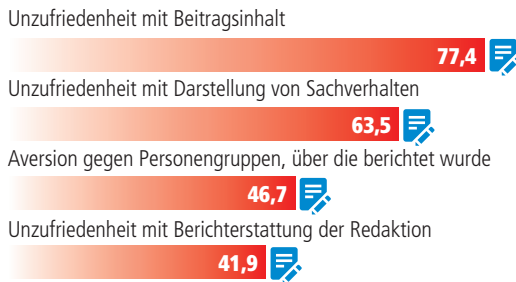
Zwei Drittel der insgesamt rund 780 Befragten gaben an, dass hasserfüllte Reaktionen in den vergangenen zwölf Monaten deutlich zugenommen hätten. 42 Prozent waren 2016 selbst Ziel von Angriffen, 26 Prozent berichteten sogar von mehrmaligen oder regelmäßigen Angriffen. Am häufigsten wurden die JournalistInnen bei Demonstrationen, Interviews oder auf Veranstaltungen attackiert. Die Umfrage zeigt: Auch in den sozialen Netzwerken oder in Kommentaren unter Online-Beiträgen bricht sich der Hass Bahn. Telefonische Attacken oder per Leserbrief sind eher selten.

Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di fordert, den „unverzichtbaren Stellenwert und die Bedeutung freier Medien in einer Demokratie“ zu verteidigen. Es gehe darum, sowohl die körperliche als

auch die seelische Unversehrtheit der Kolleginnen und Kollegen zu schützen, so Haß. ver.di bietet unter anderem Sicherheitstrainings für JournalistInnen an, unterstützt die Vernetzung Betroffener und stellt gewerkschaftlichen Rechtschutz. <https://dju.verdi.de>

Unzufrieden und aggressiv

Angaben von JournalistInnen, die folgende Gründe hinter verbalen oder körperlichen Attacken vermuten (in Prozent)



Quelle: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld 2017

Unzufriedenheit als Grund für aggressives Verhalten gegen MedienmacherInnen

NACHWUCHS-SORGEN BEI DER POLIZEI

Die GdP kritisiert das Versprechen vieler Länderinnenminister, in den nächsten Jahren deutlich mehr Polizeistellen einzustellen, als „politischen Aktionismus“. „Die Rechnung ‚mehr Polizei gleich mehr Sicherheit‘ wird vielerorts erst einmal nicht aufgehen“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Von 2015 bis 2021 werden etwa 60 000 Polizeibeamte pensioniert – fast 30 Prozent aller Polizisten. Dem stehen lediglich rund 72 000 neue Beamte gegenüber. Von den 12 000 neuen Kräften sind allein etwas mehr als 7000 bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt neu im Dienst. Die von der GdP geforderten 20 000 neuen Stellen würden damit bei weitem nicht erreicht.



Ticker

Griechisches Tarifsysteem stärken



Die IG Metall fordert, das Tarifsysteem in Griechenland zu stabilisieren. „Dazu muss die Tariflandschaft in Griechenland wieder aufgebaut werden“, so IG Metall-Vorstand Wolfgang Lemb. Hintergrund: Durch die Auflagen von EZB, EU-Kommission und IWF wurde u.a. die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in fast allen Branchen aufgehoben.

Freiheit für Deniz Yücel



ver.di fordert die sofortige Freilassung des Welt-Korrespondenten Deniz Yücel. „Die Untersuchungshaft für Deniz Yücel ist absolut inakzeptabel und ein weiterer Angriff auf die Pressefreiheit durch den türkischen Staat unter Präsident Recep Tayyip Erdogan“, fordert ver.di-Vize Frank Werneke. Yücel werden Propaganda für eine terroristische Vereinigung sowie Aufwiegelung der Bevölkerung vorgeworfen.

Fonds für Schlüsselindustrie



Die IG BCE fordert von der Politik einen stärkeren Einsatz für führende Industriebranchen in Europa. Nötig seien mehr Förderinstrumente, die die Innovationsfähigkeit von Schlüsselindustrien voranbringen, so der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Ein Fonds solle Unternehmen mit Investitionshilfen zur Seite stehen, die sich auf neue Geschäftsfelder in ihrer Branche ausrichten.

Klimafreundliches Verkehrssystem



Die EVG fordert einen „Masterplan Verkehr“, um den Verkehrsträger Schiene zum „führenden Player“ eines weltweit klimafreundlichen Verkehrssystems zu entwickeln. „Wir brauchen dringend eine sozial-ökologische Verkehrswende, ohne diese wird Deutschland seine Zusagen zur CO2-Reduktion nicht einhalten können“, so der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner.

Hashtag des Monats

#sozialwahl

Ab April startet mit dem Versand der Wahlunterlagen die Sozialwahl 2017. DGB und Gewerkschaften rufen ihre Mitglieder zur Wahl auf.

Mehr zum Thema: <http://sozialwahl.dgb.de/>

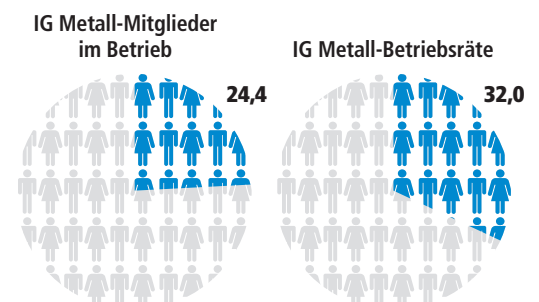
MIGRANTINNEN IN DER IG METALL

Eine neue Studie der IG Metall zeigt, dass die Gewerkschaften für die Integration der Migrantinnen und Migranten eine sehr wichtige Rolle spielen. Die vom Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität in Berlin durchgeführte Studie ergab, dass knapp 24,4 Prozent aller IG Metall-Mitglieder im Betrieb einen

Migrationshintergrund haben. Das sind fast 500 000 Menschen. Viele von ihnen sind nicht nur Mitglied, sondern engagieren sich im Betrieb. 32 Prozent der Betriebsräte, 11 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden und 19 Prozent der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden haben einen Migrationshintergrund.

Integrationsmotor IG Metall

Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (in Prozent)



Quelle: IG Metall 2017

Das Klassenzimmer der Zukunft


Anfang Mai kommt die GEW zu ihrem 28. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Freiburg zusammen. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe kandidiert erneut und spricht im Interview über digitale Klassenzimmer, Integration durch Bildung und Strategien gegen Rechts.

Welche Themen werden in den nächsten Jahren wichtig für die GEW?

Die Topthemen lauten Bildung in der digitalen Welt und Wege einer neuen Zeitpolitik. Dauerbrenner bleiben die Arbeitsbedingungen aller im Bildungsbereich Beschäftigten und die finanziellen Ressourcen, die der Staat dafür zur Verfügung stellt. Gegen prekäre Beschäftigung in Hochschule, Erwachsenen- und Weiterbildung, aber zunehmend auch an Kitas und in Schulen, werden wir weiter aufstehen.

Deine erste Amtszeit als GEW-Vorsitzende geht zu Ende.

Wie sieht deine Bilanz aus?

Die Bilanz ist positiv: Wir verzeichnen einen Mitgliederzuwachs von vier Prozent. In der Bildungspolitik haben wir Impulse gesetzt und werden von Politik, Gesellschaft und Medien als Ansprechpartnerin in Sachen Bildung ernst genommen. Das gilt insbesondere für die Integration von Geflüchteten, die wir 2013 so noch gar nicht auf dem Schirm hatten. Die Aufwertung der pädagogischen Berufe ist mir ein großes Anliegen, auch da sind wir vorangekommen: durch  Bildung darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern Tarifpolitik, aber auch durch Einflussnahme auf die Gesetzgebung. In der Bildungsinternationale (BI) wird die GEW anerkannt, ich wurde zur Vizepräsidentin gewählt. Es ist jedoch noch viel zu tun. Denn alles, was die GEW für die Beschäftigten im Bildungsbereich und für die Bildung erreichen will, kostet Geld. Da hat es Fortschritte gegeben beim BAföG etwa oder für die Integrationslehrkräfte in der Weiterbildung, aber das reicht bei weitem nicht aus.

Du kandidierst erneut – was sind deine Ziele für die nächsten vier Jahre?

Die Bildungsfinanzierung ist ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit. Wir wollen Verbesserungen in allen Bildungsbereichen erzielen. Dafür kommt es darauf an, dass nicht nur die GEW-Mitglieder ihre Stimme erheben, sondern alle Bildungsbeteiligten. Kinder, Eltern, KommunalpolitikerInnen und Arbeitgeber wollen wir als Bündnispartner gewinnen. Es darf nicht bei Lippenbekenntnissen der Politiker bleiben. Wir müssen umsteuern und der Bildung mehr Gewicht und Ressourcen zukommen lassen.

Bildung gilt als Schlüssel zur Integration – wie kann dies zur Erfolgsgeschichte werden?

Geflüchtete und Zuwandernde brauchen Bildung von Anfang an, das muss gesetzlich und personell abgesichert werden. Die Menschen brauchen eine Perspektive

und Anerkennung, das ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Wenn dieser Auftrag ernst genommen wird, können auch die Bildungseinrichtungen, die bisher sehr gut gearbeitet haben, ihren Beitrag noch besser leisten.

Wie schätzt du das Problem des Rechtsextremismus im Klassenzimmer ein? Wie hält die GEW dagegen?

Wir machen „Demokratie lernen“ und politische Bildung wieder stark. Dazu bieten wir – u.a. zusammen mit dem DGB-Bildungswerk – Qualifizierungen an. Zudem mischen wir uns kräftig in die öffentliche, politische Diskussion ein und informieren über unsere Medien zum Thema Rechtspopulismus.

Tablets, Smartphones, Lerngruppen auf WhatsApp – der digitale Wandel hält auch im Klassenzimmer Einzug. Wie siehst Du die Schule 2030?

In jedem Fall werden digitale Medien eine noch größere Rolle als heute spielen. Die Frage ist, wer die Ausstattung bezahlt und die Lehrenden qualifiziert. Wir wollen, dass Bildungseinrichtungen unabhängig vom sozialen Einzugsbereich gut ausgestattet werden.

Welche Chancen und Herausforderungen bietet die Digitalisierung?

Digitale Medien können das eigenständige Lernen unterstützen, bieten Hilfen bei der Differenzierung und können Behinderte stärken. Aber eigenständiges Lernen muss weiterhin durch die Gestaltung des Unterrichts ermöglicht werden. Inhalte werden auch in der Auseinandersetzung mit anderen Kindern und Jugendlichen erlernt und verstanden. Soziales Lernen, Kommunikation, kulturelles Lernen und Kunst dürfen nicht verdrängt werden.

Welche bildungspolitischen Forderungen stellst Du an die Politik?

Bildung darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern oder vom Standort von Kita und Schule. Immer noch zeigen uns die Ergebnisse internationaler Vergleichsuntersuchungen, dass die Erfolge in Deutschland viel stärker von der sozialen Herkunft abhängen als in vergleichbaren anderen Staaten. Das darf nicht so bleiben – weder beim Schulerfolg noch beim Zugang zu Studium und Beruf.

Langfassung des Interviews im Netz
www.dgb.de/-/Q8P



MARLIS TEPE,

62, hat bis zu ihrer Wahl zur GEW-Vorsitzenden im Juni 2013 als Hauptschullehrerin in Schleswig-Holstein unterrichtet. Von 1995 bis 2013 war sie Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des GEW-Landesverbandes. Über 30 Jahre vertrat sie die GEW Schleswig-Holstein im Bundesfrauenausschuss der GEW.



„BILDUNG. WEITER DENKEN!“

Die 432 GEW-Delegierten stellen vom 6. bis zum 10. Mai auf dem 28. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW die Weichen für die Arbeit der nächsten vier Jahre. Schwerpunkte werden die Ausbildung von PädagogInnen, die Gestaltung der Bildung in der Migrationsgesellschaft und die Inklusion im Bildungswesen sein. Darüber hinaus will die GEW sich intensiv mit der Nachwuchsförderung beschäftigen.

Die Delegierten vertreten rund 280 000 GEW-Mitglieder, davon sind rund 72 Prozent Frauen. Der Anteil junger Menschen unter 27 Jahren liegt unter den Mitgliedern bei 4,5 Prozent.





„So lange Leute damit ein Problem haben, ist es wichtig, an die Öffentlichkeit zu gehen und über seine Sexualität zu sprechen. Hoffentlich wird es dann eines Tages kein großes Problem mehr sein. Deswegen sprechen wir darüber, und nicht, um euch zu nerven.“



Antwort des ehemaligen Fußball-Nationalspielers Thomas Hitzlsperger auf die Frage im Rahmen einer FIFA-Podiumsdiskussion am 6. März, warum er seine Homosexualität öffentlich gemacht hat.



Das steht an ...

17. April

Bundesweit rufen Friedensorganisationen zu den jährlichen **Ostermärschen** auf, um gegen Krieg, Terror und Verfolgung zu demonstrieren. Das Motto lautet „Die Waffen nieder!“.

27. April

Am Mädchen-Zukunftstag, dem **Girls' Day**, können sich Schülerinnen ab der 5. Klasse über verschiedene Berufsbilder informieren. Auch der DGB hat 20 Mädchen und junge Frauen eingeladen, in den Arbeitsalltag einer hauptamtlichen Gewerkschafterin hineinzuschnuppern.

29. April

ver.di, DGB Mittelfranken, Attac, KAB und andere Projektträger laden zu einer **Kommunenkonferenz** nach Nürnberg ein. Das Thema: „Kommunen und Freihandel – Für bürgernahe Daseinsvorsorge und gerechten Welthandel“. Unter anderem diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik, NGOs und Wissenschaft die Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge. www.kommunenkonferenz.de

30. April

Die Bewerbungsfrist für den **Deutschen Betriebsräte-Preis 2017** läuft ab. Bis Ende April können sich Betriebsratsgremien, -projekte und -kooperationen bewerben, die sich für in ihrem Unternehmen für eine sichere und faire Arbeitswelt eingesetzt haben. www.bund-verlag.de



Personalia

SILKE ERNST,

51, ist seit dem 1. März neue Kommunikationschefin der IG Metall. Sie verantwortet die interne und externe Kommunikation des IG Metall-Vorstands und leitet den Funktionsbereich Kommunikation, Presse und Medien. Zuvor leitete sie die Kommunikation des Gesamtbetriebsrats der Daimler AG. **Hartmut Steiger**, 61, verstärkt seit 1. Januar als neuer Pressesprecher die Pressestelle der IG Metall. Er war zuvor Redakteur bei den VDI-Nachrichten. Steiger ergänzt das Pressesprecher-Team um die Leiterin der Pressestelle **Ingrid Gier** und Pressesprecherin **Annette Szegfü**.

LARS RUZIC,

45, leitet seit 1. Februar den Bereich Medien und Kommunikation der IG BCE-Hauptvorstand. Er folgt **Christian Hülsmeier**, der

nun Vorstandssekretär des IG-BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis ist. Der Diplom-Ökonom Ruzic war zuvor u.a. Wirtschaftsredakteur bei der *Hannoverschen Allgemeine Zeitung*. Neue Pressesprecherin ist **Sarah Heidel**, bisher Co-CvD des IG BCE-Magazins *kompakt*, und in Vertretung **Andrea Bracht**, zuletzt Pressereferentin für die SPD-Abgeordnetengruppe im EU-Parlament.

ELA CONTE,

34, wird zum 1. April neue DGB-Bundesjugendsekretärin, sie wurde vom DGB-Bundesjugendausschuss gewählt. Nach Ausbildung und Studium absolvierte Conte das Traineeprogramm der IG Metall. Im Anschluss war sie Jugendsekretärin in NRW und beim IG Metall Vorstand für Jugendarbeit verantwortlich. Sie folgt **Florian Haggemiller**.

Fundsache

Über Facebook bedankten sich TextilarbeiterInnen und GewerkschafterInnen aus Bangladesch für die Solidarität ihrer ver.di-KollegInnen in den vergangenen Monaten. Die Regierung in Bangladesch hatte streikende ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen verfolgt und 35 von ihnen wochenlang eingesperrt, nachdem diese im Dezember für eine Erhöhung des Mindestlohns auf rund 180 Euro – fast dreimal so viel wie bisher – demonstriert hatten. Erst auf internationalen Druck durch Gewerkschaften und Verbände wurden sie freigelassen. In einem gemeinsamen Brief an die Regierung von Bangladesch und an die lokale Vereinigung



der Textilunternehmen haben sich unter anderem auch der Handelsverband Deutschland, der Gesamtverband textil+mode, die Kampagne für Saubere Kleidung und der DGB für die Wahrung internationaler Menschenrechtsstandards eingesetzt. Allerdings: Trotz Freilassung laufen Prozesse gegen die GewerkschafterInnen. www.dgb.de/-/Q1D



Einreisekontrolle in den USA

USA-REISE: WIE SCHÜTZE ICH MEINE DIGITALE PRIVATSPHÄRE?

GewerkschafterInnen und Betriebsräte großer Konzerne sind viel unterwegs – auch weltweit. Bei der Einreise in die USA droht ihnen künftig – wie allen anderen – Ungemach. Der US-Heimatschutzminister John Kelly will von Menschen, die in die USA einreisen, künftig die Passwörter für ihre Handys, Computer und Profile in den sozialen Netzwerken. Sollten sie die Herausgabe verweigern, droht ein Einreiseverbot. Die Electronic Frontier Foundation 2017 – eine Vereinigung von NetzaktivistInnen – hat einen Ratgeber veröffentlicht, wie man seine Daten in den USA schützen kann. Die AutorInnen raten: Vor Beginn der Reise genau überlegen, welche Geräte und Daten man mitnehmen möchte. Was nicht benötigt wird, sollte zu Hause bleiben.

www.dgb.de/-/Q8t

„SPIROS SIMITIS AWARD“ AUSGESCHRIEBEN

Datenschutzskandale, bei denen Arbeitgeber ihre Angestellten unerlaubt überwachen oder sensible Mitarbeiterdaten auswerten, gab und gibt es immer wieder. Deshalb möchten der DGB, der Bund-Verlag, der Verein Digitalcourage und die dtb Kassel mit dem „Spiros Simitis Award“ ein Zeichen setzen und Beispiele für gelungenen Arbeitnehmerdatenschutz würdigen. Der Preis zeichnet Betriebs- und Personalräte aus, die mit besonders gelungenen Vereinbarungen die Daten der Beschäftigten schützen. Hintergrund: Spiros Simitis ist Jurist und gilt als „Vater des Datenschutzes“. Bewerbungsschluss ist der 30. September 2017.

www.dtb-kassel.de

DATENSCHUTZ-TIPP VOM „EXPERTEN“

Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.

Eric Schmidt, ehemaliger CEO von Google
(zitiert nach Spiegel Online vom 8.12.2009)

Foto: CCO-1.0/Wikipedia; colourbox.de

DATENDIÄT FÜRS ANDROID-HANDY

Laut Gesetz gilt in Deutschland eigentlich Datensparsamkeit. Apps, Internetseiten und Co. dürfen nur so viele Daten von den NutzerInnen erheben, wie für den Betrieb einer Anwendung nötig sind. Gleiches gilt für Smartphones – eigentlich. Denn ausgeliefert werden viele Geräte in einem technischen Zustand mit maximalem Zugriff auf Kontakte, SMS, Fotos, Standort, Telefonanrufe etc. Besonders das Google-Betriebssystem Android ist im „Urzustand“ ein Datenkraken. Wir zeigen, wie man die Geräte auf Diät setzt.



Smartphone ohne Google-Konto?

Ein Android-Smartphone setzt leider ein Google-Konto voraus, damit es mit vollem Umfang genutzt werden kann. Wer auf den Google Play Store (den App-Downloadbereich), Google-Kalender, Google-Maps und Co. verzichten möchte, kann es auch ohne Google-Konto nutzen. Achtung: Ohne Google-Konto müsst ihr Updates selbst im Blick behalten! Alle anderen NutzerInnen sollten in den Einstellungen die größten Datenlöcher schließen.

Ungenutzte Apps löschen

Als erstes solltet ihr alle Apps löschen, die ihr nicht benötigt. Zentrale Frage: Welche Anwendungen habe ich in den vergangenen vier Wochen wirklich benutzt? Doch Vorsicht: Löscht keine Systemanwendungen wie zum Beispiel die Software für die Tastatur oder euer Sicherheits-Programm. Zudem lässt sich ein großer Teil der Google-Apps wie Google-Chrome, Google-Kalender, Youtube deaktivieren. Grundsätzlich gilt: Fast alle Apps sind Datenkraken. Je weniger Apps, desto besser. Alle Nachrichtenseiten können etwa über Webbrowser besucht werden.

Standortsuche deaktivieren

Wer Google-Maps gelegentlich nutzt, sollte die Standortsuche nur aktivieren, wenn ihr sie braucht. Ansonsten lässt sich aus euren Daten ein komplettes Bewegungsprofil ermitteln. Hinweis: es gibt alternative, datensparsame Karten-Maps. Eine Internetverbindung über LTE oder WLAN sowie Verbindungen per Bluetooth solltet ihr nur aktivieren, wenn ihr sie braucht.

Synchronisation einschränken

Zudem ist es ratsam, die automatische Synchronisation von Anwendungen zu verhindern. Unter →Einstellungen →Konten→Google (Pfad variiert) könnt ihr diese festlegen. Hier gilt es vor allem, den Google-Apps den Datenhunger zu nehmen. Das erschwert Spionage und spart Datenvolumen. Es lohnt sich, weitere Einstellungen zu prüfen. Doch Vorsicht: Löscht keine Systemdateien. Fragt im Zweifel euren Admin bzw. im Netz gibt es reichlich Ratgeber.

Weitere Tipps: www.dgb.de/-/Q85

PC FÜR SCHÜLER: JOBCENTER ÜBERNIMMT DIE KOSTEN

Eine bedürftige Schülerin, die die gymnasiale Oberstufe besucht, kann vom Jobcenter die Übernahme der Kosten für einen PC in Höhe von 350 Euro verlangen. Die Anschaffungskosten in dieser Höhe fallen nicht unter den durchschnittlichen persönlichen Schulbedarf, der bei bedürftigen Schülerinnen in einer Höhe von insgesamt 100 Euro pro Schuljahr, in erster Linie bestimmt für die Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung an notwendigen Schulutensilien, festgesetzt ist.

Sozialgericht Cottbus,
Urteil vom 13. Oktober 2016 - S 42 AS 1914/13

ABI-FEIER: JOBCENTER TRÄGT DIE KOSTEN

Das Jobcenter hat die Kosten für die Abitur-Abschlussfeier eines bedürftigen Schülers zu übernehmen (in diesem Fall 100 Euro). Nach dem Willen des Gesetzes sollen Jugendliche nicht von schulischen Gemeinschaftsveranstaltungen wie Klassenfahrten ausgeschlossen werden. Ähnlich ist auch eine Abitur-Abschlussfeier zu bewerten.

Sozialgericht für das Saarland,
Urteil vom 11. Januar 2017 – S 12 AS 421/14

LEHRAMT: KOPFTUCH NICHT ALLGEMEIN VERBOTEN

Das Land Berlin muss eine Bewerberin als Lehrerin entschädigen, die abgelehnt wurde, nur weil sie ein muslimisches Kopftuch im Unterricht tragen wollte. Wegen der erheblichen Bedeutung der Glaubensfreiheit ist ein generelles Verbot eines muslimischen Kopftuchs ohne konkrete Gefährdung nicht zulässig.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 9. Februar 2017 - 14 Sa 1038/16

BEAMTENRECHT: NOTDURFT IST VERSICHERT

Ein Beamter ist auch dann vom Dienstunfallschutz erfasst, wenn er während seiner Dienstzeit die im Dienstgebäude gelegene Toilette aufsucht. Das ergibt sich aus dem Beamtenversorgungsgesetz. Der Grundsatz der gesetzlichen Unfallversicherung für Arbeitnehmer, wonach die Nutzung der Toilettenanlage – anders als der Weg dorthin – nicht geschützt ist, findet für Beamte keine Anwendung.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 17. November 2016 - 2 C 17.16

ARBEITSLOSENGELD: KEINE SPERRZEIT BEI ANERKENNUNGSJAHR

ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor Beendigung des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses persönlich bei der Agentur für Arbeit zu melden. Bei Verstoß gegen diese Meldepflicht ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer einer Sperrzeit von einer Woche. Diese Meldepflicht besteht nicht bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis oder einem Anerkennungsjahr.

Der Fall: Die Frau hatte an der Fachhochschule Sozialpädagogik studiert und absolvierte anschließend ein einjähriges Anerkennungsjahr. Danach meldete sie sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos und beantragte Arbeitslosengeld. Die Arbeitsagentur gewährte dies, allerdings mit einer Sperrfrist von sieben Tagen, weil die Frau sich nicht vor Beendigung des Anerkennungsjahres arbeitsuchend gemeldet habe. Mit der dagegen gerichteten Klage hatte die Frau Erfolg.

Das Landessozialgericht: Wenn die Meldung der Arbeitsuche erst nach Beendigung des Anerkennungsjahres erfolgt, darf keine Sperrzeit verhängt werden. Das Anerkennungsjahr steht einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis gleich. Die Pflicht zur frühzeitigen Meldung der Arbeitsuche soll die Eingliederung in Arbeit beschleunigen und Arbeitslosigkeit und Entgeltersatzleistungen möglichst vermieden werden. Bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis ist das nicht nötig, weil die Auszubildenden überwiegend vom Ausbildungsbetrieb weiterbeschäftigt würden. Zudem entscheidet sich dies meist erst unmittelbar nach dem Bestehen der Abschlussprüfung. Die Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr durchlaufen eine der dualen Ausbildung vergleichbare Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Auch werden sie mit einer Übernahmekquote von 70 Prozent später von der Ausbildungsstelle übernommen. Daher sind eine frühzeitige Vermittlungstätigkeit und somit auch eine Meldepflicht entbehrlich.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 16. Dezember 2016 - L 7 AL 35/15

UNFALL: KOSMETISCHE ZAHN-BEHANDLUNG NICHT VERSICHERT

Die gesetzliche Unfallversicherung muss nur für solche Gesundheitsstörungen eintreten, deren wesentliche Ursache ein Arbeitsunfall war. Lässt ein Versicherter weitere nicht nötige Behandlungen durchführen, muss die Unfallversicherung hierfür nicht aufkommen. Etwa, wenn nach dem Arbeitsunfall Zahnimplantate eingesetzt werden, und der Versicherte eine farbliche Angleichung verfärbter und kariöser „Altzähne“ vornehmen lässt.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 30. Januar 2017 - L 1 U 120/16